

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesfa.
Gemein Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meikun.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circuloffiz Riesfa Nr. 52.

Nr. 61.

Freitag, 13. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Annahme des Aufgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. von oben, 4 von unten, 6 Silben. 25 Gold-Pfennige. Die 20 um breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Maßstab, feste Tarife. Verantwortlich für die Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für den Vertrieb: Wilhelm Dittich, Riesfa.

Ausprache an die Gemeinden.

Der Herr Landesbischof D. Ihmels wendet sich anlässlich des Bußtags mit folgender Ausprache an die Gemeinden des Landes:

Unter dem Kreuz Jesu grüßte ich die Gemeinden des Landes. Und der Wunsch wird zu einem Gebet: Möchte die Bußzeit unserer Kirche neuen rechten Segen bringen!

Zuerst erbite ich den Gliedern der Gemeinden neue Treue gegen ihre Kirche, die vor anderen eine Kirche des Kreuzes heißen darf. Unter dem Kreuz und unter dem Kreuz allein hat Luther Gewissheit des gnädigen Gottes gefunden. Seitdem ist die Kirche, die seinen Namen trägt, in besonderem Sinne eine Predigerin des Kreuzes, das auch heute allein im Stande ist, die kopfenden Gewissen ihres Heils gewiß und froh zu machen. Um dieser Einseitigkeit willen lieben wir unsere Kirche und gebeten ihr, allen Stimmen der Verführung zum Trotz, heilige Treue.

In den letzten Wochen hat man in unseren Gemeinden eine Aufrüstung verbreitet, die unter dem höchsten Titel einer Aufgabe gegen die Geißlichkeit in Wirklichkeit die Gewissen verwirrt und dem schlichten Evangelium entfremdet. Geht die Verleumdung, als würden unsere Warrer sich selbst und nicht ihre Gemeinden, heute in hohem Ernst Verwahrung ein. Die Gemeinden sind Zeugen, wie ihre Warrer in den letzten Wochen vielfach unter schwerster Not und Entbehrung ihre Amt ausübten und dennoch ihrer Gemeinde Treue gehalten haben.

Welcher Geist iene Schritt durchweilt, das wird da offenbar, wo sie das Bekenntnis zu dem Dreieinigem Gott eine unrichtige Lehre nennt. Prüft die Geister, ob sie aus Gott sind, mahnt die Schrift. Das ist nicht der Geist Gottes, der sich gegen das klare Wort unseres Herrn wie das gelamte apostolische Zeugnis wendet. Wir bleiben bei dem Bekenntnis, das unser Herr Christus uns gelehrt hat, als er seine Jünger taufen ließ im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Und gerade unter dem Kreuz, das von der Gnade unseres Gottes in unserem Herrn Jesu Christo verheißt, wollen wir uns gegenseitig in der Kraft des Geistes mit dem apostolischen Wort segnen: Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi, die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit uns allen!

Alles Treuegefühl gegen die Kirche wäre jedoch unklar, wenn es nicht zugleich zu einem Gelübde neuen Dienstes würde. Unsere Kirche ist die Kirche des allgemeinen Christentums, darum gilt auch in ihr allgemeine Dienstpflicht. Heute erinnere ich insbesondere die Eltern an die Pflicht, die sie ihren Kindern und damit auch der Kirche gegenüber haben. Sie sind dem Herrn, der auch für ihre Kinder in den Tod gegangen ist, dafür verantwortlich, daß sie ihre Kinder in der Jugend und in der Vermählung zu ihm erziehen, zugleich aber auch mit allen geistlichen Mitteln dafür sorgen, daß ihre Kinder auch in der Schule die religiöse Unterweisung finden, auf die sie ein Recht haben. Lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe, so spricht der Herr.

Weder aber legt aller Dienst an anderen voraus, daß wir zu allererst uns selbst von dem Herrn dienen lassen. Darum predige der Bußtag der Gemeinde und allen Gliedern in ihr: Laßt euch vernehmen mit Gott! Reformatorisches Christentum ist durch und durch persönliches Christentum. Und reise Christen im Vollsinne des Wortes sind nur die, die im Glauben an unseren Herrn Jesu Christi als ihres Gottes persönlich gewiß wurden. Darum rufe die Bußzeit zu allererst einen seglichen unter uns zu persönlicher Buße und zu persönlichem Glauben! Als Mittlerer im Sinne Pauli bitte ich, daß niemand die Gnade Gottes vergeblich empfangt.

Vergeblich aber wäre auch aller Glaube und alle Buße dann, wenn daraus nicht eine neue Heiligung des ganzen Lebens würde. Darum sage uns die Bußzeit zu: Lebt! Unser Herr Jesus Christus ist dazu gestorben und auferstanden, daß wir mit ihm der Sünde absterben und mit ihm in einem neuen Leben wandeln. Ich hebe drei Punkte heraus, die gerade unsere Zeit zu fordern scheint. Hinweg mit der traurigen Vergnügungssucht, die sich so gar nicht mit dem Geist der Zeit verträgt! Gottes Rechte haben uns getroffen — wollen wir sie hinwegwischen? Tausende unserer Brüder und Schwestern hungern — wollen wir verschweigen? Sodann: Hinweg mit aller Sünde wider das sechste Gebot, der offenkundigen und der geheimen! Die Christo angehören, die freuzigen ihr Reich samt den Lüften und Begierden. Und soll unser Volk genesen, dann muß die Familie genesen, und die Ehe will nach Gottes Wort und Willen geführt sein. Endlich: Hinweg mit der Herrlichkeit unseres Volkslebens, in der nach jenem Prophezeiwort ein jeglicher auf seinen Weg zu sehen scheint. Unser Herr Christus ist nach dem Zeugnis des Johannes in den Tod gegangen, daß er die zerstreuten Kinder Gottes auf der ganzen Erde zusammenbringe. Wie vielmehr sollte in unserem Volk das Kreuz auf Golgatha die Stätte sein, da man im Glauben eins wird und zusammenkommt! Hier gilt kein Unterschied mehr von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Herren und Dienenden, von Gebildeten und Ungebildeten, von Armen und Reichen: Sie seien, wie der Apostel sagt, alle einer in Christo.

Darum: Wir treten unter das Kreuz und bringen dem Herrn alles, was uns bewegt, und beten miteinander und füreinander: All Sünd hast du getragen, sonst müßten wir verzagen. Erbarm dich unser, o Jesus!

Dr. Jarres Kandidat der Rechtsparteien.

Staatspräsident Hellpach für die Demokraten — Dr. Warg für das Zentrum.

Berlin. Der Ausschuss der Rechtsparteien für die Reichspräsidentenwahl hat gestern abend noch einmal mit Vertretern des Zentrums und der Demokraten verhandelt. Von der Zentrumspartei war für diese Sitzung eine bestimmte Erklärung über die Teilnahme an einer bürgerlichen Kandidatur in Aussicht gestellt. Diese Erklärung wurde auch in dieser Sitzung nicht abgegeben. Der Ausschuss hat dann, nachdem die Vertreter des Zentrums und der Demokraten auf eine weitere Teilnahme an den Beratungen verzichtet hatten, beschlossen, an der schon am Sonnabend einstimmig beschlossenen Kandidatur Dr. Jarres festzuhalten. Oberbürgermeister Dr. Jarres hat die Kandidatur angenommen.

Berlin. In dem gestrigen Konflikt im Ausschuss zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl verlautet, daß während der Verhandlungen der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach an die Vertreter der Rechtsparteien die Frage richtete, wie sie sich zur Einzelkandidatur Gehler verhielten. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärte darauf, daß er dem Beschluß des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei, an der Kandidatur Jarres festzuhalten, nichts hinzuzufügen habe. Auch der Vertreter der Deutschnationalen lehnte eine präzise Mitteilung über die Stellungnahme seiner Partei zur Einzelkandidatur Gehler ab. Abgeordneter Fehrenbach erbat darauf für sich und seine Fraktion eine Stunde Bedenkzeit. Nachdem die Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, die sich zu einer längeren Beratung zurückgezogen hatten, die von Fehrenbach verlangte Bedenkzeit abgelehnt hatten, verließen die Vertreter des Zentrums und der Demokraten das Beratungszimmer.

Nach einer Mitteilung der Deutschen Demokratischen Partei ist der Beschluß über die Aufstellung eines eigenen demokratischen Kandidaten vom Vorstand und dem Parteiausschuss mit überwältigender Mehrheit gefaßt worden. Reichswehrminister Gehler habe gebeten, von seiner Aufstellung Abstand zu nehmen. Daraufhin haben Parteivorstand und Parteiausschuss mit Einverständnis des Reichswehrministers Dr. Gehler einstimmig den bürgerlichen Staatspräsidenten Hellpach zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahl proklamiert.

Nach einer Mitteilung des Lokalanzeigers sollen sich auch die Vertreter der Wirtschaftspartei für die Kandidatur Jarres ausgesprochen haben. Die Bayerische Volkspartei, deren Vertreter wegen einer dringenden Reise nach München am Abschluß der Verhandlungen des Wahl-Ausschusses nicht mehr teilnehmen konnten, soll umgehend um ihre Stellungnahme zur Kandidatur Jarres erlucht werden.

Chamberlains Rede vor dem Völkerrundrat.

Genf. In seiner Rede erklärte der englische Außenminister Chamberlain, Großbritannien habe unter der vollen Zustimmung des Dominions den Gedanken des Schiedsverfahrens angenommen und in vielen Fällen praktisch durchgeführt. Die gegenwärtigen Ratgeber des englischen Königs lägen jedoch unüberwindliche Schwierigkeiten, das Protokoll in feiner festigen Gestalt zu unterschreiben und zu ratifizieren.

Chamberlain wies dann darauf hin, daß der Völkerrund von heute keineswegs dem Völkerrunde, wie er von seinen Urhebern geplant gewesen sei, entspreche. Man habe damals nicht voraussehen können, daß so viele der wichtigsten Länder der Welt dem Völkerrunde nicht angehören würden.

Wenn trotzdem der Völkerrund bisher ohne besondere Schwierigkeiten funktioniert, so wäre es sehr unklar, die bereits eingegangenen Verpflichtungen noch zu verweigern, ohne zu berücksichtigen, in welchem Maße der Mechanismus des Paktes durch das Verhalten gewisser Staaten geschwächt worden sei. Es gebe kein besonderes Mittel, um zukünftige Kriege zu verhindern, als einen Plan anzunehmen, der der ganzen Welt Sicherheit gebe, daß der Krieg zu einem sicheren Mißerfolg führen würde. Dabei sei die englische Regierung der Ansicht, daß das angestrebte Ziel nicht besser erreicht werden könne als dadurch, daß die unmittelbar interessierten Nationen unter sich durch Verträge gebunden würden.

Zum Schluß erklärte Chamberlain: Es ist der englischen Regierung in der zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich gewesen, mit den Vertretern der Dominions und Indiens, die ebenfalls Mitglieder des Völkerrundes sind, eine persönliche Ausprache zu halten. Wir haben aber mit ihnen

Berlin. In der 11. Abendstunde wird von der Zentrumspartei ein langer Bericht über die Sitzungen ihres Parteiausschusses ausgegeben, in dem der Verlauf der Verhandlungen über eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur ausführlich dargestellt wird. Die letzte Phase, die schließlich zum Konflikt führte, wird wie folgt geschildert: Der Reichsparteiausschuss nahm am Donnerstag nachmittag um 2 Uhr seine Beratungen mit dem Ziele auf, dem auf 5 Uhr nachmittags einberufenen Parteiausschuss eine endgültige Stellungnahme mitzuteilen. Bald nach Beginn der Verhandlungen jedoch wurde ein Beschluß der Deutschen Volkspartei bekannt, daß diese einstimmig die Kandidatur Jarres aufgestellt habe. Durch diese Mitteilung wurde die Beurteilung der Lage so schwierig, daß der Parteiausschuss bis um 5 Uhr zu keinem Entschluß kommen konnte. In der 5 Uhr-Sitzung des Parteiausschusses nahmen als Unterhändler des Zentrums die Abgeordneten Fehrenbach und v. Guérard teil. Der Abg. Fehrenbach gab die Gründe bekannt, weshalb der Reichsausschuss der Zentrumspartei noch keinen Beschluß gefaßt habe und befragte die Vertreter der Deutschen Volkspartei nach dem Sinne des am Nachmittag mit dem Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei gefaßten Beschlusses. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei verweigerten eine klare Auskunft zu geben. Dagegen forderten die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und der vaterländischen Verbände, eine sofortige Entscheidung der Unterhändler ohne daß eine Befragung des verammelten Reichsausschusses stattfinden sollte. Der Abgeordnete Fehrenbach erklärte eine sofortige Entscheidung für unmöglich. Die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung erklärten, daß sie die Sitzung verlassen würden, falls der Wahlausschuss bei diesem Vorgehen bleibe. Darauf zogen sich die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei und der vaterländischen Verbände zu einer gesonderten Besprechung zurück, die 20 Minuten dauerte. Bei Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Graf Helldorf, daß nach dem Ergebnis der Sonderbesprechung die sofortige Entscheidung der Vertreter des Zentrums fordern müßten. Darauf verließen die Vertreter des Zentrums die Sitzung. Die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung hatten schon vorher die Sitzung verlassen.

Um 7 Uhr abends nahm der noch immer verammelte Reichsparteiausschuss den Bericht des Abg. Fehrenbach über den Verlauf der Sitzung des Wahlausschusses entgegen. Unter dem Jubel der zahlreichen Versammlung wurde der frühere Reichs-Lanzler Warg nunmehr als Kandidat einstimmig aufgestellt.

in telegraphischer Verbindung gestanden, aus der hervorgeht, daß die Regierungen von Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Indien das Protokoll nicht mehr annehmen können. Sie werden ihren Standpunkt hinsichtlich der Art, die ihnen als die beste erscheint, zur Kenntnis bringen, sei es durch eine Mitteilung an das Sekretariat oder an die Völkerrundversammlung oder auch auf anderem Wege. Ueber die Auffassung des freikantons Irland habe ich noch keine Mitteilung.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Ministerpräsident Warg führte am Donnerstag im Landtag erneute Verhandlungen in der Frage der Regierungsbildung. In der Frage der Bildung eines Kabinetts, das sich zusammensetze aus je einem Vertreter der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, im übrigen aus Beamten, die anderen Parteien angehören, erklärte der Vertreter der Deutschnationalen Fraktion, daß er diese Anregung seiner Fraktion unterbreiten werde. In einer Besprechung mit den Demokraten zur Frage der Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts wurde vom Abgeordneten Fald erwidert, daß seine Fraktion konstanten Vorschlägen entgegenstehe. Vor der Wirtschaftlichen Vereinigung wurde durch den Abgeordneten Ladendorff die Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts beantragt und erneut eine Bildung auf Grundlage der Weimarer Koalition abgelehnt. Auch die Deutsche Volkspartei steht, wie wir hören, wie bisher der Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts sympathisch gegenüber.